

| | | | |
|---------------------------|---|--------------------------|-----------|
| Protokoll: | Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 45 |
| | | TOP: | 2 |
| Verhandlung | | Drucksache: | 1027/2020 |
| | | GZ: | SWU |
| Sitzungstermin: | 04.12.2020 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BM Pätzold | | |
| Berichterstattung: | Herr Dr. Görres (AfU) | | |
| Protokollführung: | Herr Haupt / fr | | |
| Betreff: | Energiebericht 2018 | | |

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 13.11.2020, GRDRs 1027/2020. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt. Ein Exemplar des Energieberichts 2018 ist ebenso dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die im Energiebericht für das Jahr 2018 dargestellte Energiebilanz solle verdeutlichen, so Herr Dr. Görres (AfU), welche konkreten Daten bilanziert würden. Er berichtet im Folgenden im Sinne der angehängten Präsentation.

StR Boy (90/GRÜNE) betont, die Präsentation habe durchaus neue Aspekte aufgezeigt. Die zügigere Erstellung des Energieberichts sei positiv zu bewerten. Er erkundigt sich, wann der Energiebericht 2019 vorgelegt wird, worauf Herr Dr. Görres erklärt, dieses ist für Frühjahr 2021 vorgesehen. StR Boy betont, die zeitnahe Veröffentlichung der Energiebilanz sei sehr wichtig, da hierdurch der Treibhausgasreduktionspfad regelmäßig überprüft werden könne. Ebenso sei die lediglich minimale Überschreitung der Treibhausgasemissionen im Jahr 2018 zu begrüßen und es müsse die weitere Entwicklung in den Jahren 2019 und 2020 betrachtet werden. Die Corona-Pandemie und der deutsche Strommix leisteten hierzu einen positiven Beitrag. Es wäre wünschenswert, wenn die Stuttgarter Maßnahmen des Klimaschutzpakets ebenso positive Auswirkungen auf eine deutliche Senkung der Treibhausgase zeigen würden. Die städtischen Liegenschaften hätten im Vergleich zum Jahr 1990 ihren Treibhausgasanteil um 67 Prozent reduziert, was durchaus positiv zu bewerten sei. Bei Betrachtung der absoluten Zahlen spiele dies allerdings lediglich eine marginale Rolle für die Landeshauptstadt (LHS).

Daher müssten die Maßnahmen im Bereich von Sanierungen und PV-Anlagen stärker in die Breite der Bevölkerung getragen werden. Sehr positiv sei die hohe Nachfrage bei dem PV-Förderprogramm zu bewerten. Auf die Frage von StR Boy, ob in diesem Bereich bereits eine Nachjustierung bei der Anzahl der Mitarbeiter nötig sei, antwortet Herr Dr. Görres, dieses sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht notwendig. Ein Problem entstehe ansonsten, das Amt für Umweltschutz (AfU) müsse bereits zum jetzigen Zeitpunkt seinen Bedarf an einer höheren Personalerstattung anmelden, während jedoch die Entscheidung darüber erst im nächsten Jahr erfolge. Es sei möglich, im nächsten Frühjahr im Rahmen der Diskussion über den Energiebericht 2019 klarere Aussagen treffen zu können.

StR Boy betont, hinsichtlich der zur Zielerreichung bei den Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 benötigten zusätzlichen Maßnahmen seien die Nahwärmeprojekte nicht aufgeführt worden. Da viele Projekte bis zum Jahr 2030 umgesetzt werden sollten, erkundigt er sich nach den Potenzialen in diesem Bereich. Herr Dr. Görres bestätigt das Fehlen dieser Nahwärmeprojekte im vorliegenden Energiebericht, da zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Prognosen hierüber abgegeben werden könnten. Es bestehe die Möglichkeit, in einem Gespräch am 11. Dezember 2020 darüber zu diskutieren.

Insgesamt müsse darüber nachgedacht werden, ergänzt StR Boy, wie die Lücke von 500.000 Tonnen CO₂ geschlossen werden könne.

Besonders die Energieentwicklung bei den in städtischen Liegenschaften sei sehr positiv zu bewerten, so StR Sakkaros (CDU). Wichtig sei, nicht stets Verbote und Sanktionen anzuwenden, sondern stattdessen der Bürgerschaft Förderprogramme, wie beispielsweise im Bereich der PV-Anlagen, anzubieten. Auf seine Frage zum aktuellen Stand der LED-Umrüstung hinsichtlich der energieintensiven Straßenbeleuchtung antwortet Herr Dr. Görres, die Umrüstung befinde sich zwar auf einem guten Weg, allerdings sei die LHS hierbei noch nicht soweit wie andere Städten. Da frühzeitig eine Umstellung auf Natriumdampfhochdrucklampen bei der Straßenbeleuchtung stattgefunden habe, sei das Energieniveau hierdurch bereits abgesenkt worden und das zusätzliche Energieeinsparungspotenzial durch die LED-Umstellung liege nicht mehr so hoch. Gemeinsam mit dem Tiefbauamt werde erst bei ohnehin stattfindenden Sanierungen über eine LED-Umstellung entschieden, da es nicht sinnvoll sei, eine energieeffiziente Beleuchtung bereits nach kurzer Zeit wieder auszusondern. Ziel sei es, die gesamte Straßenbeleuchtung bis zum Jahr 2030 auf LED-Technik umzustellen.

StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) begrüßt die durchgeführte Veröffentlichung des Energieberichts in kürzeren Zeitabständen, da er ein Steuerungsinstrument darstellt und somit eine Aussage über die zukünftige Entwicklung im Energiebereich abgegeben werden kann. Er bezweifelt die Erreichung der Pariser Klimaschutzziele bis zum Jahr 2050. Die von der LHS gesetzten Ziele seien nicht ambitioniert genug, um dieses 1,5-Grad-Celsius-Ziel einhalten zu können. Die Präsentation habe deutlich gemacht, es bestehe bei der Treibhausgasreduzierung eine erhebliche Lücke. Die aktuellen Maßnahmen des 200 Mio. Euro umfassenden Klimaschutzpakets der Stadt würden zu einer Einsparung von 100.000 Tonnen Treibhausgasen führen, was einen relativ geringen Anteil darstelle. Die Schließung der gesamten Lücke würde rein rechnerisch Unsummen an finanziellen Mitteln erfordern, wenn lediglich Anreizprogramme angeboten und keine ordnungspolitischen Maßnahmen angewendet würden. Daher stelle sich die Frage, wie beispielsweise die Bevölkerung für die Maßnahmen des Klimaschutzprogramms gewonnen und die Unternehmen der LHS in die

Neutralitätsziele eingebunden werden könnten. Ebenso müssten die Aspekte der SWS und der Wärmewende stärker gewichtet werden, da die klimaneutrale Fernwärme zwar einen hohen Anteil an der Treibhausgasreduzierung habe, allerdings von der Geschwindigkeit der EnBW abhängig sei und nicht von der Stadt unmittelbar beeinflusst werden könne. Somit müsste das Tempo hinsichtlich der eigenen Energieleitplanung und der Wärmewende forciert werden, um einen höheren Beitrag als die dargestellte Treibhausgaseinsparung von 100.000 Tonnen zu erzielen. Im Zusammenhang mit dem Energiebericht erkundigt sich der Stadtrat hinsichtlich des Anstiegs des Potenzials von Erneuerbaren Energien, warum dagegen der Bereich Wasserkraft rückläufig ist, und ob noch zusätzliches Potenzial hierbei besteht. Herr Dr. Görres betont, die EnBW gehe in regelmäßigen Abständen in Revision. Dadurch ergäben sich stets Energieschwankungen und in einzelnen Jahren werde weniger Wasserkraft produziert. Im Übrigen treffe dieser Aspekt ebenso auf städtische Liegenschaften zu, bei denen teilweise zehnpromzentige Rückgänge im Bereich der Erneuerbaren Energien zu verzeichnen seien. Falls beispielsweise in einem Klärwerk an einem Bauteil gearbeitet werden müsse (z. B. Erneuerung des Blockheizkraftwerks), werden zu diesem Zeitpunkt weniger Erneuerbare Energien produziert.

StR Rockenbauch betont, der Bericht enthalte keine Aussage, in welchem Umfang der Endenergieverbrauch gesunken sei. Dessen Darstellung sei jedoch wichtig, da das Ziel eine Senkung der Primär- und Endenergie sei. An dem noch verbleibenden Endenergieverbrauch solle ein gewisser Anteil an Erneuerbaren Energien liegen, und zudem solle der CO₂-Anteil zügiger als bis zum Jahr 2050 um 95 Prozent reduziert werden. StRin Schanbacher (SPD) erwidert, der von StR Rockenbauch vermisste Endenergieverbrauch finde sich durchaus im Energiebericht wieder und stelle eine geringfügige 1,5-prozentige Steigerung dar. Herr Dr. Görres ergänzt, in der Präsentation sei der Endenergieverbrauch getrennt für die Bereiche Wärme und Strom dargestellt worden. Er schlägt vor, im nächsten Energiebericht eine Aufsummierung der beiden Aspekte vorzunehmen.

Es sei begrüßenswert, so StRin Schanbacher (SPD), dass der Energiebericht 2017 im Sommer dargestellt worden sei und der Energiebericht 2018 bereits wenige Monate später in der heutigen Sitzung vorgestellt werde. Sie schließt sich der Auffassung ihrer Vorredner an, der Energiebericht stelle ein Steuerungselement für die zügige Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen dar. Angesichts des Klimawandels in der LHS seien drei von der Verwaltung und von dem Gemeinderat gesetzten Ziele besonders wichtig: Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent bis 2030, die Steigerung des Anteils von Erneuerbaren Energien auf 20 Prozent bis zum Jahr 2020 sowie die Senkung des Primärenergieverbrauchs bis 2020 um 20 Prozent. Die Daten des Energieberichts seien ernüchternd, wenn sie mit den gesteckten Zielen abgeglichen würden, so StRin Schanbacher. Aktuell sei eine CO₂-Reduktion von 34 Prozent erreicht worden, wobei bis zur Klimaneutralität eine Einsparung von zusätzlich 2 Mio. Tonnen CO₂ nötig seien. Dies bedeute, bis zur CO₂-Neutralität werde eine fünffache Menge an CO₂-Äquivalenten benötigt. Dabei sei völlig unklar, wie diese Zahl erreicht werden solle. Das Klimapaket bringe lediglich eine Einsparung von 100.000 Tonnen Treibhausgasen mit sich, was einen Bruchteil der insgesamt benötigten Menge darstelle. Ein Drittel des gesamten eingesparten CO₂ werde durch die maßgeblich von ihrer Fraktion bewirkten warmmietenneutralen Sanierung erbracht, so die Stadträtin. Wie von StR Rockenbauch ausgeführt, müssten mehr Anstrengungen in denjenigen Bereichen erbracht werden, in denen ein hohes CO₂-Einsparungspotenzial vorhanden sei. Dabei müssten die Aspekte der Effizienz und der sozialen Verträglichkeit beachtet werden, was aus der Diskussion

rund um das Klimapaket deutlich geworden sei. Sie hoffe bei den nächsten Energieberichten auf weniger Ernüchterung. Hinsichtlich der Erneuerbaren Energien sei vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 lediglich ein Zuwachs von knapp 1 Prozent erzielt worden (0,4 Prozent). Daher sei man vom 20-Prozent-Ziel mit einer derzeitigen Einsparung von 13,5 Prozent im Wärmebereich und von 7,8 Prozent im Strombereich weit entfernt. Das größte Potenzial bei der Stromeinsparung stelle der Strommix dar, und der könne allerdings nicht von der LHS beeinflusst werden. Im Bereich des Primärenergieverbrauchs seien die Ziele erreicht worden. Jedoch sei hierbei keine Veränderung im Vergleich zum Vorjahr realisiert worden (2017/2018). Es müsse berücksichtigt werden, die Werte stellen eine Rückschau dar, und sie hoffe, die Zahlen stellten sich bei den nächsten Energieberichten deutlich besser dar. Als Beispiel hätten die städtischen Liegenschaften mehr Energie von 2017 zu 2018 verbraucht, der Strombezug habe sich um 4,6 Prozent reduziert und der Wasserbezug habe sich um 9,6 Prozent erhöht. Daher handle es sich bei den Kurven um keinen linearen Pfad nach unten. In Bezug auf den Flughafen werde aufgrund der dargestellten Werte die Notwendigkeit von wesentlich mehr Anstrengungen deutlich. Im vorherigen Jahr sei in einem ambitionierten Vortrag aus Sicht des Flughafens dargelegt worden, welche zahlreichen Maßnahmen bereits durchgeführt würden. Der in der Präsentation aufgelistete Pfad bewege sich jedoch weiterhin nach oben, wogegen sich der Abbaupfad nach unten bewegen müsse. Im Falle der Nichteinhaltung des verbindlich festgelegten Abbaupfades müsse über Kompensationsmaßnahmen auf der Gemarkung Stuttgarts nachgedacht werden, was ihre Fraktion in dieser Form beantragt habe. Für den Bereich der PV-Anlagen sei ausgeführt worden, die Situation stelle sich im Jahr 2020 positiver dar. Es hätten im Jahr 2017 fünf PV-Anlagen bestanden, elf Anlagen im Jahr 2018 sowie dreißig im Jahr 2019. Falls alle rund 180 Schulen in der LHS mit PV-Anlagen bis zum Jahr 2025 ausgestattet würden, handle es sich bei der Anzahl der einzelnen Gebäude um etwa die doppelte Anzahl. Hierzu sei eine wesentlich beschleunigtere Entwicklung in diesem Bereich notwendig. Es stelle sich die Frage, ob das von der Verwaltung und dem Gemeinderat gesteckte Ziel realistisch sei. Er sei optimistisch, dieses Ziel zu erreichen, betont Herr Dr. Görres. Es seien vier neue engagierte Mitarbeiter*innen für diesen Bereich gewonnen worden. Er gibt zu bedenken, eine anstehende Dachsanierung in Verbindung mit der Installation einer PV-Anlage dürfe nicht über mehrere Jahre diskutiert werden, da somit diese Anlage verzögert werde.

StRin Schanbacher betont, hinsichtlich des Themas Quartierskonzepte sei bereits der Energiebericht 2018 auf den Bereich des Schulzentrums in Degerloch sowie auf das Gebiet in Weilimdorf-Süd eingegangen. Dies bedeute, die entsprechenden Quartierskonzepte seien bereits ausgearbeitet worden. Sie erkundigt sich nach dem Stand der Umsetzung und hofft, mit dem umfangreichen Klimapaket den gesteckten Zielen näher zu kommen. Allerdings stehe ein noch langer Weg bevor und es müsse intensiv diskutiert werden, welche Maßnahmen möglichst effizient und sozialverträglich in der LHS umgesetzt werden könnten.

StRin Königeter schließt sich den Ausführungen ihrer Vorredner*innen an. Die zahlreichen Aktivitäten der Verwaltung würden durch den vorgestellten Energiebericht deutlich. Dennoch seien zahlreiche weitere Maßnahmen nötig. Der Energiebericht stelle eine gute Grundlage für die Arbeit des Gemeinderats dar.

Herr Dr. Görres habe die Notwendigkeit eines Modells für den Bereich Mobilität dargestellt, um die Auswirkungen der dortigen Maßnahmen hinsichtlich des CO₂-Verbrauchs erstellen zu können, so StR Rockenbauch. Bei diesem grundsätzlichen Thema schlage

er bereits seit einigen Jahren eine maßnahmenscharfe Vorausschau für jeden Bau- und Mobilitätsbeschluss bezüglich der CO₂-Maßnahmen vor. Dadurch könne eine CO₂-Einpreisung durchgeführt werden, womit der bereits intern festgesetzte CO₂-Preis zukünftig weiterberechnet werden könne. Er erkundigt sich, ob bei diesem Thema in den nächsten Jahren Handlungsbedarf bestehe und eine eigene Kompetenz aufgebaut werden solle. Wie bei den finanziellen Nachberechnungen im Haushaltsbereich müsse ebenso ein CO₂-Controlling durchgeführt werden. Hierzu führt Herr Dr. Görres aus, er erwarte in den nächsten zwei bis drei Monaten mehr Klarheit zu diesem Aspekt. Zunächst müsse ein Screening der Gemeinderatsbeschlüsse erfolgen, um beurteilen zu können, welche Beschlüsse klimarelevant seien. Diese Ergebnisse müssten in den nächsten Monaten zunächst intern diskutiert werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt hat vom Energiebericht 2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 3. Referat T
Hochbauamt (2)
Tiefbauamt (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS